

*Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?*

Widerständler*innen wurden von den Nazis streng verfolgt. Gerichte wandten die Nazi-Gesetzgebung uneingeschränkt an. Die Verfahren landeten zuerst vor den ordentlichen Gerichten wie Amts-, Land- oder Oberlandesgerichten. Doch um noch schneller und härter reagieren zu können, schufen die Nazis zusätzliche Gerichte, beispielsweise den Volksgerichtshof, der am 24. April 1934 in Berlin seine Arbeit aufnahm, oder die zahlreichen weiteren Sondergerichte, von denen es seit 1940 auch eines in Bielefeld gab. Vor Sondergerichten galt kein normales Verfahrensrecht. Das hatte vor allem negative Folgen für die Rechte der Angeklagten. So konnten beispielsweise keine Rechtsmittel gegen Urteile der Sondergerichte eingelegt werden.

Am Oberlandesgericht Hamm, das auch für Bielefeld zuständig war, wurden im Zeitraum 1933-1945 8.533 Verfahren wegen Landes- und Hochverrats verhandelt. Dazu gehörte auch dasjenige, das im Jahre 1944 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, „Wehrkraftzersetzung“ und „Rundfunkverbrechens“ gegen Heiko Ploeger und seine Mitstreiter geführt wurde. Ploeger und Georg Höcker wurden zum Tode verurteilt, die übrigen Männer bekamen mindestens drei Jahre Haft. Auch Willy Langenberg wurde 1935 von diesem Gericht wegen der Vorbereitung zum Hochverrat zu einer viereinhalb jährigen Haftstrafe verurteilt.

Auf der anderen Seite der Anklagebank am OLG Hamm befand sich der Bielefelder Hans Semler. Er galt als ein altgedienter und besonders bewährter Nationalsozialist, weshalb er im August 1936 auf Wunsch von Parteigrößen wie Bormann, Heß und Freisler auf den Posten Generalstaatsanwaltes beim Oberlandesgericht Hamm berufen wurde. In dieser Position war er auch Lagerleiter des Strafgefangenen Lagers Oberems. Laut eines Sitzungsprotokolls war Semler am 4. Juni 1937 bei einer Besprechung im Reichsjustizministerium anwesend, in der festgelegt wurde, dass in Hoch- und Landesverratssachen Folter mit 25 Stockhieben auf das Gesäß zugelassen sei. Des Weiteren galt er als Befürworter der Euthanasie. Ab März 1943 war er Präsident des Oberlandesgerichts. Im September meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht. Nach 1945 wurde Semler mit dem Befund, für den Justizdienst ungeeignet zu sein, als „minderbelastet“ entnazifiziert. Zwei Gerichtsverfahren, die seine Mitverantwortung an NS-Verbrechen klären sollten, wurden eingestellt. Ab 1961 arbeitete er wieder als Rechtsanwalt.

M5.8 DAS OBERLANDESGERICHT HAMM

Text nach: Knobelsdorf, Andreas: Politische Strafjustiz in Ostwestfalen-Lippe von 1933 bis 1945 und ihre Verarbeitung nach 1945. Ein Forschungs- und Seminarbericht. In: 78. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 1990, S. 173-210.